



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 01. Februar 2012

Aus Berlin

Union fordert hersteller- und apothekerfreundlichere Arzneimittelregeln

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die derzeit geltenden Preisregelungen für neue Arzneimittel ändern. In einem aktuellen Positionspapier fordern die Unionspolitiker unter anderem, für Preisverhandlungen künftig den in vier vergleichbaren Staaten der Europäischen Union gezahlten Preis heranzuziehen. Damit soll verhindert werden, dass das relativ geringe Preisniveau von Ländern wie Rumänien und Bulgarien als Vergleichsgröße angesehen wird. Zudem sollen zwischen Pharmaunternehmen und Krankenkassen ausgehandelte Rabatte für Arzneimittel mit einem Zusatznutzen geheim bleiben dürfen. Auch Apothekern kommen die Unionspolitiker in ihrem Positionspapier entgegen. So soll der von Apothekern an die Krankenkassen zu gewährende Rabatt von heute 2,05 Euro je Rezept wieder auf 1,75 Euro gesenkt werden.

Die Krankenkassen zeigten sich verärgert. Der Forderungskatalog lese sich „wie eine Wunsch-dir-was-Liste der Pharmaindustrie und der Apothekenlobby“, sagte der geschäftsführende Vorstand des AOK-Bundesverbandes, Uwe Deh. Mit ihrem Papier stelle die Union den vielversprechenden Auftakt der Preisverhandlungen infrage, hieß es von den Innungskrankenkassen.

Nach Berechnungen des Deutschen Apothekerverbands sind die Arzneimittelausgaben der Krankenkassen im vergangenen Jahr erstmals seit 2004 zurückgegangen. Demnach sanken die Ausgaben im Vergleich zu 2010 um 2,8 Prozent beziehungsweise 800 Millionen Euro auf 27,1 Milliarden Euro. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Januar; [Pressemitteilung der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, 31. Januar](#); [Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, 26. Januar](#); [Der Tagesspiegel, 27. Januar](#))

Bundesjustizministerin will Rechte von Privatversicherten stärken

Privat Krankenversicherte sollen mehr Rechte gegenüber ihren Krankenversicherungen erhalten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften hat Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) vorgestellt.

Demnach muss eine Krankenversicherung zukünftig innerhalb von zwei Wochen entscheiden, ob sie die Kosten einer mindestens 3.000 Euro teuren Heilbehandlung übernimmt. In dringenden Fällen muss die Auskunft unverzüglich erfolgen. Ein weiterer Aspekt des Gesetzentwurfes betrifft das Kündigungsrecht. Erhöht die Krankenversicherung die Beiträge, hat der Versicherte zwei Monate Zeit, um zu kündigen statt wie bisher einen Monat. Hat der Versicherte im Basistarif einen Selbstbehalt vereinbart und führt dieser nicht dazu, dass sich die Prämie verringert, kann er den Selbstbehalt jederzeit kündigen.

Nach dem Gesetzentwurf zur Stärkung der Patientenrechte sei der Gesetzentwurf zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Rechte von Verbrauchern, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. ([Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums, 31. Januar](#))

Aus KBV und KVen

Wieso, weshalb, warum: Das Versorgungsstrukturgesetz

Ein Video auf KV-on, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, erklärt das Versorgungsstrukturgesetz: Kinderleicht zeigt es, was genau sich für Niedergelassene in Sachen Residenzpflicht oder Elternzeit ändert. Darüber hinaus informiert die KBV auf einer speziellen [Themenseite](#) umfassend über das komplexe Gesetz und fasst alle wichtigen Neuerungen in einer Broschüre für die Praxis zusammen. ([Videopodcast auf KV-on, 31. Januar](#))

Rückblick: Das Haftkrankenhaus im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen

Das Arztgeheimnis zählte nicht in der Untersuchungshaftanstalt des DDR-Sicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen. Von 1959 bis 1989 wurden dort mehr als 3.000 politische Häftlinge der DDR versorgt. KV-on zeigt, welche Rolle Ärzte dabei spielten. ([Videopodcast auf KV-on, 27. Januar](#))

KV Westfalen-Lippe fordert Reform der ärztlichen Gebührenordnung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe setzt sich für eine Überarbeitung der ärztlichen Gebührenordnung ein. Sie fordert, die ambulante Medizin und die Leistungen der Niedergelassenen besser zu berücksichtigen. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 27. Januar](#))

KV Hamburg begrüßt Kampf gegen „Killerkeime“

Niedergelassene Ärzte dürfen multiresistente Erreger ab dem 1. April ambulant diagnostizieren und behandeln. Das hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg mitgeteilt. Dr. Stephan Hofmeister, stellvertretender Vorsitzender der KV, hält diese Maßnahme für eine wichtige Voraussetzung, um Infektionen zu vermindern. Dafür sei eine Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie die Unterstützung der Gesundheitsämter notwendig, erklärt Hofmeister. ([Pressemitteilung der KV Hamburg, 31. Januar](#))

Aus den Verbänden

Ärzte rufen Kassen zum Bürokratieabbau auf

Der Deutsche Hausärzteverband und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns weisen die Kritik der Krankenkassen, Ärzte verursachen zu hohe Bürokratiekosten, zurück. „Ärzte leisten neben der medizinischen Versorgung ihrer Patienten erhebliche Dokumentationsaufgaben und sind dazu noch mit einer Menge unnötiger Bürokratie belastet“, sagte der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes, Ulrich Weigeldt. Der Vorstandsvorsitzende der KV Bayerns, Dr. Wolfgang Krombholz, forderte die Kassen auf, beim Bürokratieabbau aktiv mitzuwirken.

Hintergrund ist unter anderem, dass der Sprecher des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Florian Lanz, die Dokumentationspflichten von Ärzten als zumutbaren „Papierkram“ bezeichnet hatte. Zuvor waren die Krankenkassen in der Bild-Zeitung als eigentlicher Bürokratieverursacher kritisiert worden. ([Pressemitteilung des Deutschen Hausärzteverbandes, 27. Januar](#); [Pressemitteilung der KV Bayerns, 30. Januar](#); [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 26. Januar](#); [Bild-Zeitung, 26. Januar](#))

ZI veröffentlicht bundesweite Strukturdaten zur regionalen Arztdichte

Ab sofort stellt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland in ihrem Versorgungsatlas Kennzahlen zur Arztdichte in der vertragsärztlichen Versorgung zur Verfügung.

Die Daten der KBV sind hiermit erstmals auch auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte einsehbar. Unter www.versorgungsatlas.de können sich Interessierte unter anderem die Anzahl niedergelassener Ärzte und Psychotherapeuten je 100.000 Einwohner anzeigen lassen.

Dr. Dominik von Stillfried, Geschäftsführer des ZI, erklärt: „In den Kennzahlen zur Arztdichte zeigt sich der Einfluss der geltenden Bedarfsplanung. Besonders gut sind die geltenden Niederlassungsbeschränkungen in den Diagrammen zur Arztdichte auf Kreisebene zu erkennen. (Pressemitteilung des ZI, 1. Februar)

Studie belegt Ärztemangel in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen

Das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI) hat die Ergebnisse seiner repräsentativen Befragung psychiatrischer und psychosomatischer Einrichtungen im „Psychiatrie Barometer“ veröffentlicht. Unter anderem hat das DKI herausgefunden, dass der Ärztemangel in Krankenhäusern im Fachgebiet Psychiatrie am größten ist. Die Befragung wurde 2011 zum ersten Mal durchgeführt. ([Pressemitteilung der Deutschen Krankenhausgesellschaft, 31. Januar](#))

Ärztammer Westfalen-Lippe kritisiert Teile des geplanten Patientenrechtegesetzes

Die Ärztekammer (ÄK) Westfalen-Lippe hat in Bezug auf das geplante Patientenrechtegesetz vor mehr Bürokratie und Kontrolle sowie einer verstärkten Misstrauenskultur gewarnt. Kammerpräsident Dr. Theodor Windhorst sagte über mögliche Auswirkungen des Gesetzes: „Es ist zu befürchten, dass die Nähe und das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Behandler und Behandeltem konterkariert werden.“ Grundsätzlich bewertet die ÄK den Gesetzentwurf für die Patienten positiv, ist aber der Meinung, er gehe auf Kosten der Versorgung. ([Pressemitteilung der ÄK Westfalen-Lippe, 1. Februar](#))

Medikamente bergen Verwechslungsgefahr

Die Arztbibliothek schildert im aktuellen CIRS-Fall des Monats „Problemfeld: Medikamenten-Verwechslung“ einen Fall, bei dem ein Patient ein falsches Medikament erhielt. Grund für die Verwechslung war eine unleserliche Anordnung, bei der Calzium forte (Kalzium-Tablette) mit Cotrim forte (Antibiotikum) verwechselt wurde. Häufig führen ähnlich klingende („Sound-alike“) oder ähnlich aussehende („Look-alike“) Medikamente zur falschen Arzneimittelvergabe. Gesundheitsorganisationen sowie das Bundesministerium für Gesundheit haben bereits Sicherheitsempfehlungen zu dieser Problematik herausgegeben. Demnach sollen verschiedene Maßnahmen im Bereich der Medikamentenverabreichung, Logistik und ärztlichen Verordnung Arzneimittelverwechslungen reduzieren. ([Arztbibliothek.de, 25. Januar](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 1,1 Millionen

In Deutschland leiden 1,1 Millionen Kinder im Vorschulalter an Sprachentwicklungsstörungen; betroffen ist etwa jedes dritte Kind in diesem Alter. Das geht aus dem aktuellen Arztreport der Barmer GEK hervor. ([Pressemitteilung der Barmer GEK, 31. Januar](#); [Ärzte Zeitung, 31. Januar](#))

Aus der Presse

Landärztemangel

In einem aktuellen Beitrag widmet sich das Nachrichtenportal Spiegel online dem Landärztemangel und skizziert das Thema auch anhand des Berufsmonitorings Medizinstudenten. In dem Artikel heißt es: „Laut einer deutschlandweiten Umfrage der Universität Trier im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung erwägen nur 16 Prozent der Medizinstudenten, sich in der Provinz niederzulassen.“ Die Redakteurin schreibt, dass bereits heute in ländlichen Regionen viele Arztpraxen unbesetzt blieben. In den kommenden Jahren werde sich die Lage jedoch verschärfen. „Rund die Hälfte der heute niedergelassenen Hausärzte erreicht bis 2026 das Rentenalter“, heißt es dazu mit Bezug auf die KBV-Umfrage. ([Spiegel online, 24. Januar](#))

Aus dem Terminkalender

- 06.02.2012 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr
- 08.02.2012 Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr
- 11.02.2012 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr
- 15.02.2012 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr
- 15.02.2012 Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein
Bad Segeberg
- 16.02.2012 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 16.02.2012 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 18.02.2012 Vertreterversammlung der KV Niedersachsen
Hannover, 9.30 Uhr
- 22.02.2012 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt
Magdeburg
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)
29.02.2012 Berlin
- 30.03.2012 – [8. Mitteldeutsche Fortbildungstage für Ärzte und medizinisches Assistenzpersonal](#)
31.03.2012 Schkeuditz
- 13.06.2012 [Tag der Niedergelassenen 2012](#)
Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2207

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>